

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagerter: Die Abgangspunkte
Poststelle für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 20 Goldpfennige, aus
wärtige Anzeigen 25 Goldpfennige,
Kellern-Poststelle 20 Goldpfennige,
sonstige 25 Goldpfennige.

Beilagen nehmen die Redaktionen
und für Anzeigen die Postämter
an. - Erhalten wertigste
Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Telegramme: Kageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1498

Nr. 131

Freitag, den 6. Juni 1924

19. Jahrgang

Die Parteien zur Regierungs- erklärung.

Reichstags-Sitzung vom 5. Juni.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung um 10,20 Uhr. Das Wort erhält zuerst Abg. Dr. Scholz (D. Sp.), der im Namen des Zentrums, der Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei folgende Erklärung abgibt:

Die drei genannten Fraktionen haben seit Beginn der Verhandlungen über die Regierungsbildung keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihr Ziel die Einigung des Reichstags auf möglichst breiter Front zur Erledigung der augenblicklich im Vordergrund stehenden außenpolitischen Fragen war. Sie haben dieses Ziel in langen, immer wieder erneuten Verhandlungen zu erreichen versucht. Dabei stand für sie von vornherein unüberwindlich fest, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des gesamten Vaterlandes und bei der Lage der besetzten Gebiete im besondern, die schnelle Annahme des Sachverständigengutachtens als Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage unbedingt erforderlich sei. Nur eine solche Haltung der Regierung wird unserer Wirtschaft die notwendigen ausländischen Kredite zuführen können, ohne die die wirtschaftliche Katastrophe kaum aufzuhalten ist. Dieser Standpunkt bedeutet: Bestehen an der bisher von der Regierung eingeschlagenen Richtung der auswärtigen Politik. Ohne ein klares und eindeutiges Bekenntnis hierzu, war eine materielle Grundlage für die Regierungsbildung nicht zu gewinnen. Eine solche eindeutige Erklärung war zum lebhaften Bedauern der drei Parteien von der Deutschnationalen Volkspartei trotz stets erneuter Versuche nicht zu erlangen. Die mit ihr geführten Verhandlungen mußten daher als gescheitert angesehen werden. Einen anderen Weg zur schleunigen Bildung einer aktionsfähigen Regierung, als die Einigung auf der Basis der bisherigen Koalition, gab es nach Lage der Dinge nicht mehr. Die drei Parteien haben insoweit im Interesse des Vaterlandes das Opfer auf sich nehmen müssen, zur Bildung der gegenwärtigen Regierung zusammenzutreten.

Wir sprechen der Regierung
das Vertrauen aus,

daß sie im Verlaufe ihres Programms nimmermehr schlenkig alle Vorbereitungen trifft, die auf Grund des Sachverständigengutachtens erforderlich sind. Wir erwarten, daß sie gleichzeitig diejenigen politischen Forderungen durchsetzt, die sie selbst als unerlässlich für die Durchführung des Sachverständigengutachtens bezeichnet hat. Nur ein solches Verhalten der Regierung entspricht den wirtschaftlichen Momentbedürfnissen, aber auch den politischen Forderungen des Volkes. (Sehr wahr bei den Mittelparteien, Widerspruch rechts, Ruhe bei den Nationalsoz., Das Volk hat mit dieser Regierung nichts zu tun!) Wer sein Vaterland liebt, der muß im Augenblick höchster Not national fühlen und auch den inneren Zwang empfinden, national zu handeln. (Beifall bei den Mittelparteien.) Das getan zu haben, nehmen wir für uns in Anspruch. (Große Unruhe und Hurra bei den Nationalsoz. und Deutschnationalen, Beifall bei den Mittelparteien.)

Abg. Graf Westarp (Dtschn.): Die Regierung hätte feststellen müssen, daß das Schuldbekenntnis des Artikels 232 des Versailler Vertrages unwahr war und nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Auch die Erweiterung des Sachverständigengutachtens hätte dazu Anlaß geben können. Eine Regierung, die zu diesem Gutachten Stellung nimmt, muß Widerspruch gegen die Schuldfrage erheben. Wir haben das zu einer Bedingung unseres Eintritts in die Regierung gemacht. Ob diese Bedingung angenommen worden wäre, ist uns nicht mitgeteilt worden. Die Rücksicht auf das Ausland darf nach unserer Auffassung nicht hindern, gerade in diesem Punkte den Forderungen der Wahrheit und der Ehre gerecht zu werden. (Sehr richtig rechts.) Das Wahlergebnis vom 4. Mai verlangt einen vollständigen Umschwung der Gesamtpolitik. Der Verlust von über 100 Sitzen der großen Koalition war ein Ereignis, an dem die Regierung nicht vorübergehen durfte. Die Aufgabe unserer Partei, die jetzt 105 Mitglieder zählt, war und ist es einen grundlegenden Umschwung herbeizuführen. Wir sind entschlossen, alles zu tun, um zu einer Regierungsbildung zu gelangen, wo auch wir entscheidend unserer Stärke entsprechenden Einfluß gewinnen. Bei den Verhandlungen haben wir, das können wir mit ehrlichem Gewissen sagen, ein Entgegenkommen gezeigt, das bis an die äußerste Grenze ging.

Ich habe mich dem Eindruck nicht entziehen können, daß das gestrige Regierungsprogramm des Reichskanzlers an den großen Problemen vorbeigegangen ist. Es

steht im Vordergrund ein energischer Kampf gegen die moskowitzische Sozialpartei. Die Partei will Deutschland ausliefern einer Herrschaft des Schreckens und nach ihrem eigenen Geständnis geht sie dazu den Weg des Bürgerkrieges (Widerstand und Lärm bei den Komm.). Nur ein starker Reichspräsident und ein starker Wille kann dieser Gefahr vielleicht Herr werden. Das Bürgertum wird sich dieser Gefahr entgegenstellen. Und zu diesem Bürgertum gehören auch Millionen deutscher Arbeiter, die bereit sind, die Gefahr abzuwehren. Dazu gehört vor allem, daß die Regierung, an der wir uns beteiligen würden einen entschiedenen und klaren Trennungsschnitt gegenüber der Sozialdemokratie zieht. (Sehr richtig.) Die immer wiederkehrende Behauptung aus den letzten fünf Jahren, in Deutschland könne nicht mehr ohne oder gegen die Sozialdemokratie regiert werden, trifft nicht zu. Es kann nur gegen sie regiert werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Deshalb verlangen wir auch eine Veränderung der Regierungsverhältnisse in Preußen als Ergebnis der Wahl vom 4. Mai. Eine Annahme des Sachverständigengutachtens im ganzen scheint mir verfrüht zu sein. Die Lage in Deutschland ist wesentlich dadurch verschlechtert, daß die Sozialdemokratie von vornherein verlangte, daß das Gutachten, so wie es ist, angenommen werden müsse.

Der Redner schließt mit einer Erklärung, in der es heißt: Der Reichspräsident hat unter völliger und offener planmäßiger Außerachtlassung des in dem Wahlergebnis zum Ausdruck gelangten Willen des Volkes nicht den Führer der stärksten Partei, sondern den zurückgetretenen Reichskanzler mit der Regierungsbildung beauftragt und damit den Gang der Verhandlungen in die Hände der bisherigen Minderheitsregierung gelegt. Dennoch hat die Deutschnationale Volkspartei von Anfang an ihre volle Vereinnahmung zur Mitarbeit an der Regierung unter Zurückstellung eigener Wünsche unzweideutig bewiesen. In Erkenntnis der historischen Bedeutung der Stunde hat sie sich deshalb zu einer Regierung unter Vorbehalt der Zurückstellung eigener Wünsche bereit gefunden und hat in sachlicher und persönlicher Beziehung eine außerordentliche Selbsterleugnung an den Tag gelegt. Trotzdem hat der Reichspräsident sowohl wie der bisherige Reichskanzler die Verhandlungen in einem Augenblick abgebrochen, in dem bei autem Willen der anderen eine Übereinstimmung noch möglich gewesen wäre. Die Deutschnationale Volkspartei zieht aus diesem Verhalten den Schluß, daß sowohl bei dem Herrn Reichspräsidenten wie bei dem ausschlaggebenden Teil der bisherigen Regierungsparteien der gute Wille zu einer Verständigung zu gelangen, gefehlt hat. Die Fraktion zieht daraus die gegebenen Folgerungen. Sie stellt vor dem deutschen Volke fest, daß sie zu der gegenwärtigen Reichsregierung kein Vertrauen hat. (Lebhafte Beifall rechts.)

Reichskanzler Marx

entgegnet auf Vorwürfe, die Regierung sei in der Artikel 232-Frage lässig gewesen, daß die heutige Regierung niemals zugegeben habe, daß Deutschland den Krieg begonnen habe. Die Katastrophe von 1914 kann nur durch nähere, klare Forschungen geklärt werden. (Zustimmung.) Dem dem Reichspräsidenten gemachten Vorwurf muß ich zurückweisen. Solange das Kabinett noch nicht zurückgetreten war, war er nicht berechtigt, neue Schritte zu unternehmen. Es kann nicht anerkannt werden, daß es seine Pflicht gewesen wäre, die stärkste Partei mit der Regierungsbildung zu betrauen. Es muß die Sicherheit geschaffen werden, daß eine unzweideutige Erklärung dem Auslande kundgab, daß an der Richtung der bisherigen Außenpolitik sich auch nicht das geringste ändern würde. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Der Reichskanzler erklärt, er habe den größten Wert darauf gelegt, Dr. Stresemann in der Regierung zu erhalten. Aber scheitern sollte die Koalition nicht an dieser Personenfrage, auch nach dem Willen Stresemanns nicht. Der Kanzler lehnt es ab, Einfluß auf preussische Verhältnisse zu nehmen. Er schließt mit den Worten: Herr Graf Westarp! Ihre Politik schlägt die Rheinlande nicht! (Vanaandauernder Beifall in der Mitte und bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.)

Abg. Bode (Soz.) erinnert daran, daß Bismarck einmal gesagt habe, es sei leicht, in die Kriegstrompete zu blasen, sich dabei am warmen Ofen zu wärmen und dem Musikfetter es zu überlassen, wie es ausgehe. (Wachen rechts.) Er befragt es, daß die Deutschnationalen nicht in der Regierung sitzen. Das sei erfreulich in Hinsicht auf das Ausland. Die Deutschnationalen hätten das Gutachten in ihrer Presse ziemlich milde beurteilt, so daß man annehmen könnte, daß es nicht ohne weiteres abgelehnt werden würde. Ohne Annahme des Gutachtens hätten wir keine Aussicht, Amerika noch einmal an den Verhandlungstisch zu bringen und auslan-

dische Kredite zu erhalten, ohne Annahme des Gutachtens gibt es keine Rückkehr der Gefangenen, keine Aufhebung der Ricumverträge. Die Lasten aus dem Gutachten müßten allerdings gerecht verteilt werden. Der Redner kritisiert dann scharf die Haltung der Kommunisten und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die wirklichen Arbeiter in dieser Partei doch noch einmal zur Besinnung kommen werden. Auch in den Reihen der Deutschvölkischen seien manche Leute, die früher noch waren auf ihre weiße Weste und die jetzt diesen Schmutz mitmachen. (Stürmischer Widerspruch bei den Nationalsoz.) Hinter diesen Leuten zieht sich eine Spur von Blut. (Stürmische Unterbrechungen bei den Nationalsoz.) Sie schimpfen auf Sozialdemokraten und Juden und Herr Hennino bittet um eine Schutzfondo für Ludendorff. Die deutschvölkische Bewegung hat aber bereits in Thüringen und Bayern an Boden verloren. Mit ihren Fahnenweihen verlängern diese Leute die Militärkontrollen. Die Sozialdemokratie wird diesen Kundgebungen republikanische Kundgebungen entgegenstellen. Sie steht auf der Schanze für die Republik. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frau Solte (Komm.) nennt den Reichstag eine Maske der kapitalistischen Diktatur, das Verhalten der Sozialdemokraten als Lug und Trug. Nur in Rußland würden die Arbeiterinteressen vertreten.

Abg. v. Gräfe (Nationalsoz.) sieht in den Dumultigkeiten der letzten Tage den völligen Bankrott des Parlamentarismus. Mit der Demokratie sei man nun wirklich am Ende angelangt. Die städtische Schaar der Demokraten, die durch Volksbeschwindelung in die Nationalversammlung gelangt sei, sei bis auf ein kümmerliches Häuflein zusammengeschmolzen. Dasselbe gelte von der anderen Nachbarpartei in der Mitte. Der uns aufgezwungene Parlamentarismus, so erklärte der Redner, ist ein Wahnsinn. Wir wollen feststellen, was der Mut hat, dieser Gesellschaft hier auf der Regierungsbank das Vertrauen auszusprechen. (Große Unruhe in der Mitte, Beifall bei den Nationalsoz.) Die Regierungsparteien haben nicht den Mut, selbst ein Vertrauensvotum einzubringen. Wir werden ihnen daher die Schreibarbeit abnehmen und ein solches vorlegen, um Sie alle zu zwingen, Farbe zu bekennen, auch die Sozialdemokratie. (Lebhafte Hurra.) Aus diesem Grunde bringe ich folgenden Antrag ein: Der Reichskanzler und die Reichsminister besitzen das in Artikel 54 der Reichsverfassung geforderte Vertrauen des Hauses.

Abg. Lecht (Bayr. Sp.) warnt die Nationalsozialisten davor, noch weiteren Paß zu fassen. Damit würden sie das deutsche Volk auseinanderreißen. Die Antwort der Regierung auf den Vorschlag des Gutachtens sei erfreulich. Sie hat diese Grundlage zur Lösung der Reparationsfrage angenommen. In dem Gutachten werden allerdings die Verhältnisse in Deutschland viel zu günstig beurteilt. Der Redner erklärte, daß seine Partei sich ihre Stellungnahme vorbehalten, sie werde prüfen, welche Gegenstände zur Durchführung des Gutachtens notwendig seien. Von der Gestaltung dieser Vorlagen werde ihre Gesamthaltung abhängen.

Abg. Damppe (Wirtschaftl. Vereinigung) fordert Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Abg. Kunze (Deutsch-Soz.) wirt der Regierung Marx-Stresemann vor, daß sie Deutschland in den Abgrund der Erfüllungspolitik stürze. Auch er verlange ihr das Vertrauen. Das Gutachten sei ein Teufelswerk. Damit ist die erste Redezeit erschöpft.

Vizepräsident Dr. Bell teilt mit, daß der Außenminister Dr. Stresemann erst in der morgigen Sitzung sprechen wird. Die weitere Aussprache wird daher vertagt.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Vizepräsident Dr. Bell teilt mit, daß folgende Anträge vorliegen:

1. Ein Antrag der Nationalsozialisten, der Regierung das Vertrauen anzusprechen. (Dieser Antrag wird natürlich von den Nationalsozialisten nicht unterstützt. Sie wollen damit nur die Sozialdemokraten zu einer klaren Stellung zwingen.)
2. Ein Misstrauensvotum der Deutschnationalen Volkspartei.
3. Ein Misstrauensvotum der Kommunisten.
4. Ein Antrag der Regierungsparteien, wonach alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergegangen und in einer formulierten Erklärung der Regierungserklärung zugestimmt werden soll.

Darauf wird der Notetat in erster und zweiter Lesung angenommen. Er soll bis zum 30. Juli 1924 in Geltung bleiben.

Nach einem Beschluß des Aeltestenrates soll der Reichstag am Freitag sich bis zum 24. Juni vertagen.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Fortsetzung der politischen Aussprache. Dritte Lesung des Notetats. Schluß 16 Uhr.

ik!
toffe
Auswahl
Preisen
quelle.)
Straße 11, I
Markt.)
engen.
Schere
ei
Bauwäpse.
Weldmittel
ausgeschloffen.
bung.
Erzgebirge
ruruf 381.
ndlung,
aße 26.
ranchen bew.,
auch in No-
Werkzeug-od.
Angebote unter
list. d. B. erb
der
nthe
s vertraut,
Beitellung.
Geschäfts-
efabrik
hal i. Sa.
gearbeiteten
dem Material
Garantie zu
f. Beschil-
Vunach auch
gen
lagen
au, Sa.
hs
parat"
en, Nerven-
Blutgefäße
usarzt
gen, Drud-
Geschäfts-
ße 10.
bert,
währteste
gs-Mittel
den. 7
en, welche
er darüber
egr. 1914.
iller